

Bezirkskammer Hartberg-Fürstenfeld

Wienerstraße 29
8230 Hartberg
Tel. +43 3332/62623-0
Fax +43 3332/62623-4651
www.stmk.lko.at/oststeiermark
stmk.lko.at/datenschutz
bk-hartberg-fuerstenfeld@lk-stmk.at
DVR 0000400

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung
Referat Naturschutz
z.H. Frau Mag. Andrea Teschinegg
Stempfergasse 7
8010 Graz
Per E-Mail: naturschutz@stmk.gv.at

Hartberg, 7. Mai 2026

Betreff: Begutachtung Biber-VO, 1. VO 2026

Wir bedanken uns für die Übermittlung des Begutachtungsentwurfs der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung über Ausnahmen vom Verbot des absichtlichen Fanges, der absichtlichen Störung und der absichtlichen Tötung von Bibern.

Als Bezirkskammer Hartberg-Fürstenfeld begrüßen wir grundsätzlich und ausdrücklich, dass mit dem vorliegenden Entwurf erstmals ein rechtlicher Rahmen für ein gesteuertes Biber-Management in der Steiermark geschaffen werden soll.

Aus unserer Sicht ist eine praxistaugliche Regelung dringend erforderlich, weil sich die Biberpopulation in der Steiermark weiterhin deutlich ausbreitet und Nutzungskonflikte in zentralen Bereichen der Kulturlandschaft zunehmen.

Gerade unser Bezirk Hartberg-Fürstenfeld ist hiervon in besonderem Maße betroffen: Laut „Bibermonitoring Steiermark 2024“ weist unser Bezirk 107 Biberreviere (rund ein Drittel des steirischen Bestands) und einen geschätzten Bestand von etwa 375 Individuen auf – damit zählt Hartberg-Fürstenfeld zu den steirischen Schwerpunktregionen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Biberpopulation im Bezirk Hartberg-Fürstenfeld seither wesentlich vergrößert hat.

Gleichzeitig halten wir fest, dass der Entwurf in der vorliegenden Fassung wesentliche Anforderungen an eine wirksame und zeitnahe Konfliktbewältigung noch nicht erfüllt. Insbesondere die enge Zweckausrichtung, weitreichende Gebietsausnahmen sowie ein stark mehrstufiges, sachverständigengebundenes Verfahren erschweren rasche Maßnahmen zur Verhütung ernster Schäden in Land-, Forst- und Teichwirtschaft sowie zum Schutz von Eigentum und Infrastruktur.

Regionale Ausgangslage: Bezirk Hartberg-Fürstenfeld als Konfliktschwerpunkt

Das Bibermonitoring 2024 beschreibt die Schwerpunktgebiete des Biberverbreitungsraums in der Steiermark ausdrücklich u. a. in den Bezirken Hartberg-Fürstenfeld, Südoststeiermark und Leibnitz.



Für Hartberg-Fürstenfeld werden als besonders geeignete Gewässerachsen und Zubringer unter anderem Lafnitz, Pöllauer Safen, Hartberger Safen, Feistritz und Ilzbach genannt; in unserem Bezirk bestehen zudem Reviere an Stillgewässern.

Diese dichte Gewässerstruktur in Kombination mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung führt dazu, dass Biberdämme, Grab- und Bautätigkeiten besonders häufig Konflikte verursachen – etwa durch Rückstauungen in Vorflutern, Vernässung, Drainageprobleme, Uferunterhöhungen, Schäden an Feldkulturen und Nutzgehölzen sowie Risiken für Wege, Dämme und wasserwirtschaftliche Anlagen. Die Nutzungskonflikte (u. a. Land-, Forst- und Teichwirtschaft sowie Wasserbau; Fressen von Feldfrüchten, Fällen von Gehölzen, Grabtätigkeit, Dammbau) sind als wesentlich einzustufen. Dies unterstreicht die Dringlichkeit einer wirksamen, rasch greifenden Regelung.

Vor diesem Hintergrund ist für uns entscheidend, dass die Verordnung dort tatsächlich wirkt, wo Konflikte am häufigsten und gravierendsten auftreten – und zwar ohne unverhältnismäßige Verzögerungen durch komplexe Verfahrensvoraussetzungen.

Zur Verordnungsermächtigung / Rechtsgrundlage: Ergänzung um „Verhütung ernster Schäden“ erforderlich

Der Entwurf stützt sich ausdrücklich auf § 17 Abs. 5 Z 3 Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017 (StNSchG 2017) und nennt als Ziel den Schutz von Volksgesundheit und öffentlicher Sicherheit, insbesondere im Zusammenhang mit Hochwasserschutzanlagen, Wasserkraftanlagen und versorgungsrelevanter kommunaler Infrastruktur.

Aus Sicht der Bezirkskammer Hartberg-Fürstenfeld ist diese Grundlage für sich genommen jedoch nicht ausreichend, um den tatsächlichen Nutzungskonflikten und Gefährdungslagen im ländlichen Raum in der erforderlichen Breite Rechnung zu tragen. Gerade in land- und forstwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen – wie im Bezirk Hartberg-Fürstenfeld – manifestieren sich die Auswirkungen der starken Ausbreitung des Bibers in ernsten Schäden an Kulturen, Wiesen, Ackerflächen, Wäldern, Gewässern, Drainagen sowie an land- und forstwirtschaftlichem Eigentum. In unserem Bezirk führen Biberdämme, Grabaktivitäten und Uferunterhöhungen regelmäßig zu Rückstauungen in Vorflutern, zur Beeinträchtigung von Entwässerungssystemen, zur Vernässung von Böden sowie zur Erschwerung oder Unmöglichkeit einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung. Diese Schäden stellen nicht bloß Einzelereignisse dar, sondern betreffen zunehmend ganze Bewirtschaftungseinheiten und Flächenteile. Damit greifen sie unmittelbar in die wirtschaftliche Existenz land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ein.

Der Schutz der Land- und Forstwirtschaft sowie die Sicherstellung der regionalen Versorgung mit heimischen Lebensmitteln und Rohstoffen sind als überwiegendes öffentliches Interesse anzuerkennen. Diese Interessen müssen bereits auf Ebene der Verordnungsermächtigung klar verankert werden, um eine rechtlich abgesicherte, ausgewogene und praxistaugliche Regelung im Spannungsfeld zwischen Artenschutz und Bewirtschaftungsinteressen zu gewährleisten.

Zu § 1 „Ziele und Geltungsbereich der Ausnahmen“:

Der Geltungsbereich der Verordnung ist durch den weitgehenden Ausschluss von Natur- und Europaschutzgebieten – insbesondere biberrelevanter Gebiete – stark eingeschränkt. Dadurch greift die Regelung ausgerechnet in konflikträchtigen Regionen nicht und verhindert eine wirksame Steuerung von Nutzungskonflikten. Die Bezirkskammer Hartberg-Fürstenfeld fordert daher den ersatzlosen Wegfall dieses Ausschlusses, da er bei günstigem Erhaltungszustand des Bibers sachlich nicht gerechtfertigt ist und selbst einfache Präventionsmaßnahmen unzulässig macht. Das Ziel der Konfliktentschärfung wird so verfehlt.

Ad § 3 und 4 „Präventionsmaßnahmen“ bzw. „Eingriffe in den Lebensraum“:

Der Entwurf erlaubt Präventionsmaßnahmen und bestimmte Eingriffe grundsätzlich ganzjährig, knüpft diese jedoch an zahlreiche Voraussetzungen. Eingriffe in den Lebensraum des Bibers sind nur zulässig, wenn ein Naturschutzsachverständiger zuvor die Wirkungslosigkeit von Präventionsmaßnahmen bestätigt und zudem nur im Zeitraum 1. September bis 31. März. Für die Entfernung von Hauptdämmen gelten zusätzliche, besonders strenge Auflagen. Diese kumulativen Anforderungen schaffen erhebliche praktische Hürden und verhindern eine rasche und wirksame Konfliktlösung.

Die Regelungen sind insgesamt sehr komplex, teilweise widersprüchlich und auch für einfache Präventionsmaßnahmen mit zeitaufwendigen Verfahren verbunden. Die Interessen der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung werden unzureichend berücksichtigt; entsprechende absichernde Regelungen fehlen. Zudem wird gefordert, dass Präventionsmaßnahmen angesichts des öffentlichen Interesses am Biberschutz ausreichend durch öffentliche Mittel finanziert werden, da die vorgesehenen Förderungen nicht ausreichen.

Ad § 5 und 6 „Eingriffe in die Biberpopulation“ und „Kontingentierung“:

Der Entwurf erlaubt die Entnahme von Bibern nur zeitlich beschränkt, nach erfolglosen Präventionsmaßnahmen, nach Begutachtung durch einen Amtssachverständigen und innerhalb eines jährlichen Kontingents von 84 Tieren.

Wir fordern hingegen, dass Entnahmen im Rahmen des Kontingents ohne vorherige sachverständige Prüfung und ohne verpflichtende „gelindere Mittel“ möglich sein sollen, da der Erhaltungszustand des Bibers als günstig gilt. Zudem wird eine deutliche Erhöhung des Kontingents als fachlich vertretbar und notwendig angesehen, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Alternativ bzw. zusätzlich soll eine Entnahme über das Kontingent hinaus bei Gefahr im Verzug zulässig sein, wie dies etwa in Kärnten bereits geregelt ist.

Ad § 7 „Meldepflichten, Kontrollen und Monitoring“:

Der Verordnungsentwurf enthält umfangreiche Meldepflichten, obwohl viele Maßnahmen ohnehin unter Einbindung von Amtssachverständigen oder beauftragten Stellen erfolgen. Diese zusätzlichen Meldungen sind daher sachlich nicht notwendig, nicht nachvollziehbar und führen lediglich zu einem unnötig erhöhten Verwaltungsaufwand.

Ad § 8 „Zeitlicher Geltungsbereich“:

Das im Begutachtungsentwurf vorgesehene Außerkrafttreten der Verordnung mit 30. Juni 2031 wird als nicht ausreichend erachtet. Zur nachhaltigen Sicherung der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung sowie der regionalen Lebensmittelversorgung ist eine langfristige, verlässliche Regelung erforderlich. Zudem muss die Verordnung ehestmöglich in Kraft treten, da eine Verzögerung bestehende Probleme weiter verschärfen und zusätzliche Schäden verursachen würde.

Es ergeht das Ersuchen, die vorgebrachten Punkte in der Verordnung zu berücksichtigen.

Der Kammerobmann


OR Herbert Lebitsch



Der Kammersekretär



Ing. Manfred Oberer BA